

MEDIENKONFERENZ VOM 10.11.2020

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Die Altersvorsorge am Scheideweg:

Abbau oder Prosperität?

Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Renten bald nicht mehr ausreichen für ein anständiges Leben im Alter. Die Gewerkschaften warnen schon lange vor dem Zerfall der Pensionskassenrenten, doch nun sagen es selbst die Banken und Versicherungen. Aber was sie als Lösungsvorschläge präsentieren, ist nur für sie selber lukrativ und nur für eine Minderheit von Besserverdienenden attraktiv. Für mittlere Einkommen oder Teilzeit arbeitende Mütter und Väter ist das hingegen unbezahlbar. Die Mehrheit der Arbeitnehmenden wird mit den sinkenden Pensionskassenrenten und der nicht existenzsichernden AHV nicht mehr genügend Rente haben und wir drohen damit wieder in die Zeiten zurückzufallen, in denen Altersarmut der Normalfall war. Die verheerende Abbaulogik in der Altersvorsorge wird vom Parlament mit der AHV 21 weiter akzentuiert. Trotz miserablen Frauenrenten, sollen ausgerechnet die Frauen eine Rentensenkung in Kauf nehmen. Diesen Affront werden wir bekämpfen und uns für eine bessere Absicherung für die Frauen engagieren.

Krise in der 2. Säule

Die historische Krise der 2. Säule führt zu einem flächendeckenden Kaufkraftverlust. Wir zahlen immer höhere Beiträge für immer tiefere Renten. Und diese Entwicklung wird weitergehen. Die technokratischen Automatismen in den Pensionskassen senken den technischen Zins Jahr für Jahr. Mit dramatischen Folgen für die Rentenhöhe.

Sind die Renditen auf den Altersguthaben der Arbeitnehmenden tiefer als das Lohnwachstum, so lohnt es sich, die Renten aus den Lohnbeiträgen direkt zu zahlen wie bei der AHV. Das ist heute der Fall. Das Zinsniveau ist historisch tief und über Jahrzehnte mit Negativzinsen belastet. Das Umlageverfahren ist aktuell überlegen. Denn auf den Kapitalmärkten ist ohne nennenswertes Risiko nicht mehr viel zu holen. Die Zinsen für sichere Bundesobligationen sind negativ. Pensionskassenexperten prognostizieren ein düsteres Bild über viele Jahre hinweg. Wer das ignoriert, fährt unsere Altersvorsorge gegen die Wand.

Abbau oder Prosperität

In Krisenzeiten eine Deflationslogik zu verfolgen, ist nicht nur für die Betroffenen verehrend, sondern volkswirtschaftlich verantwortungslos. Während die Reserven der Nationalbank SNB übervoll sind, werden Frauen mit tiefen Renten noch mehr unter Druck gesetzt. Das ist nicht nur falsch, sondern respektlos.

Wir müssen uns auch erlauben, über die AHV-Einnahmen nachzudenken, ohne uns auf die Vorschläge des Bundesrates oder der Ständekommission zu beschränken. Nach der Überwindung der Krise müssen die Löhne deutlich steigen, während in den letzten Jahren selbst in Zeiten des Wirtschaftsbooms eine Stagnation zu verzeichnen war. Und hier haben wir eine weitere konkrete Vorgehensweise formuliert: Die Ausschüttung eines Teils der Gewinne der SNB für die AHV. Lassen Sie mich daran erinnern, dass die SNB eine Bilanz von 850 Milliarden und 84 Milliarden Reserven für zukünftige Gewinnausschüttungen hat. Dieses Geld ist verfassungsrechtlich den Kantonen und dem Bund geschuldet. Und es reicht aus, um die AHV zu unterstützen, anstatt mitten in der Krise eine Schwächung der Renten zu planen. Dies ist eine vernünftige und pragmatische Option. Die Abbaulogik sinkender Einkommen führt in eine düstere Rezession. Wir brauchen keinen Abbau, sondern Prosperität und eine Perspektive für alle.

Auf das Problem der Rentenhöhe haben wir verschiedene Antworten. Die beste ist der Ausbau der AHV. Mit der AHV gibt es für die meisten Leute im Land am meisten Rente für ihr Geld. Weil die Arbeitgeber und der Bund mit bezahlen. Weil die Topverdiener die Renten der Normalverdienenden mitfinanzieren. Und weil es auch für Erziehungs- und Betreuungsarbeit Rente gibt (Erziehungs- und Betreuungsgutschriften) Das ist für die Rentensituation der Frauen entscheidend. Für unsere Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente haben wir trotz Corona-Einschränkungen und Unterbruch bis heute rund 60'000 Unterschriften gesammelt. Mit diesem konkreten Fortschritt können wir das Rentenproblem für einen grossen Teil der Bevölkerung entschärfen.